

Diskussion

Rita Schäfer

Prostitution während der Fußballweltmeisterschaft 2010 – Legalisierung, Entkriminalisierung oder Verbot?

Seit über zwei Jahren streiten sich südafrikanische Planer, Polizeichefs, Politiker, Kirchenvertreter, Kulturnationalisten und Frauenrechtsaktivistinnen über die Legalisierung der Prostitution im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2010. Dreh- und Angelpunkt ist die Tatsache, dass die Prostitution in Südafrika nach wie vor illegal ist und Prostituierte entsprechend kriminalisiert werden. In der hitzig geführten Debatte treffen äußerst gegensätzliche Vorstellungen über den Umgang mit käuflicher Sexualität in der südafrikanischen Gesellschaft aufeinander. In den letzten Monaten haben GegnerInnen der Legalisierung, allen voran etliche Kirchenvertreter und Traditionalisten, und BefürworterInnen der Entkriminalisierung, unter ihnen Frauenrechtsaktivistinnen und ein Interessenverband von Prostituierten, ihren Meinungsstreit verschärft. Sie nehmen die Fußballweltmeisterschaft (WM) zum Anlass, um ihren jeweiligen Positionen Gehör zu verschaffen. Alle Beteiligten betonen, dass es ihnen nicht nur um die staatliche Regelung der Prostitution während der WM 2010 geht, sondern auch um die prinzipielle Beurteilung von Sexarbeit, deren Bedeutung weit über das Sportereignis hinausreicht. Deshalb ist es sinnvoll, den gegenwärtigen Streit sowohl in den Kontext der breit gefächerten Kontroversen über die WM einzuordnen, als auch die grundlegenden Interessendivergenzen im Spannungsfeld rechtlicher, politischer, sozio-ökonomischer und moralischer Grundsatzfragen zu analysieren. Schließlich spiegeln sie die polarisierten Debatten über die Frage, ob sich die südafrikanische Gesellschaft und Politik an Frauen- und Menschenrechten oder an christlich-konservativen Vorstellungen von Moral und sozialer Ordnung orientieren soll.

Dieser Diskussionsbeitrag geht davon aus, dass die rechtliche Situation von Prostituierten beziehungsweise Sexarbeiterinnen verbessert werden muss, was insbesondere die strafrechtliche Verfolgung von Gewaltübergriffen und umfassende Präventionsmaßnahmen erfordert. Solche Strategien sind vor allem im Bereich der teilweise transnational ausgerichteten Zwangsprostitution notwendig, zumal deren Schlepper und Profiteure nicht

erst seit heute in kriminelle Netzwerke verstrickt sind. Dabei teilt dieser Diskussionsbeitrag die Einschätzung von Frauenrechtlerinnen, dass die Moralisierungen, die von christlichen und konservativen Kräften vorgebracht werden, einer Verbesserung der Situation, in der sich die Prostituierten befinden, entgegenstehen und der Umsetzung von Frauenrechten sowie der Überwindung von Gewalt schaden. Allerdings streiten Frauenorganisationen und Rechtsexpertinnen nun, ob die Legalisierung der Prostitution die komplexen Probleme reduziert oder zusätzlich verschärft. Ein Urteil darüber möchte die Autorin dieses Textes den Leserinnen und Lesern selbst überlassen. Zur differenzierten Urteilsbildung, zum Verständnis der aktuellen Auseinandersetzungen und der seit vielen Jahren wiederholt aufflammenden Debatte über die Legalisierung der Prostitution ist es hilfreich, der historischen Entwicklung von Sexarbeit und Prostitution nachzugehen. Deshalb werden hier zunächst die Entwicklungen vor und während der Apartheid skizziert; darauf aufbauend werden die konträren Positionen zur (Zwangs-) Prostitution während der WM vorgestellt.

Historische Kontexte

Prostitution und Zwangsprostitution haben in Südafrika eine lange Tradition, zu deren Entwicklung die weiße Kolonialverwaltung maßgeblich beitrug. Vor allem Kapstadt war seit Mitte des 17. Jahrhunderts keineswegs nur als Umschlagplatz für Sklavinnen und Sklaven aus Südostasien und Ostafrika, sondern auch als Vergnügungsort für Seefahrer und Soldaten bekannt. In der *Slave Lodge* im Herzen der Stadt wurden zahllose Sklavinnen zur Prostitution gezwungen. Auch nach der Abschaffung der Sklaverei sahen sich ehemalige Sklavinnen sowie Frauen der unterworfenen Khoi-Bevölkerung wegen mangelnder Einkommensalternativen zur Prostitution genötigt. Das an die Hafendocks angrenzende Wohngebiet District Six geriet unter anderem wegen der dort etablierten Bordelle bei der weißen Elite in Verruf. Einzelne Seefahrerkneipen ermöglichten den darin tätigen Prostituierten – insbesondere *Coloured*-Frauen, aber auch Afrikanerinnen – relative Handlungsspielräume. Manche Frauen bevorzugten ausländische Seeleute gegenüber Freiern aus Südafrika, zumal diese im Unterschied zu den einheimischen Männern als weniger gewalttätig und als spendabler galten, vor allem wenn Prostituierte gemäß kulturspezifischer Sexualpraktiken handelten (Trotter 2008: 7ff).

Mit der Entstehung und dem rasanten Wachstum prosperierender Minenstädte am Witwatersrand wurden im 20. Jahrhundert neue Rahmenbedingungen für die Prostitution geschaffen. So zählten keineswegs nur schwarze oder *Coloured*-Frauen zu den Prostituierten, vielmehr kamen schon in den

1920er und 1930er Jahren vor allem weiße verarmte junge Frauen, die von kriminellen Banden aus Osteuropa mit falschen Versprechungen angeworben und verschleppt worden waren, in den Großraum Johannesburg und wurden in den dortigen Bordellen ausgebeutet. International tätige kriminelle Netzwerke „versorgten“ Südafrika zusätzlich mit Prostituierten aus New York (van Heyningen 1984: 170ff). Auch in den Hafenstädten des Landes, insbesondere in Kapstadt und Durban, etablierten sich transnational ausgerichtete kriminelle Strukturen im Zusammenhang von Prostitution und Zwangsprostitution (Ramsay 1992: 75ff). In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts schlugen einzelne Versuche fehl, das florierende Prostitutionsgewerbe gesetzlich zu regeln. Sie zielten unter anderem darauf ab, die Prostitution weißer Frauen und Mädchen zu unterbinden, wobei vor allem die sexuellen Kontakte zwischen weißen Frauen und schwarzen Männern verboten werden sollten (Milton 1994: 140).

Während der Apartheid (1948-1994) kriminalisierten die Apartheidgesetze aus den 1950er Jahren, z.B. der *Immorality Act* und der *Mixed Marriages Act*, sexuelle Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe. Dennoch verstießen vor allem zahllose weiße Männer gegen das Prostitutionsverbot, denn sie suchten schwarze Prostituierte in den Nachbarländern wie Lesotho und in den extra eingerichteten Vergnügungsvierteln in den unabhängigen Homelands wie Bophuthatswana auf. In den 1970er Jahren diskutierten weiße Ärzte in Kapstadt und Durban darüber, inwieweit es sinnvoll sei, staatlich kontrollierte Bordelle in den Großstädten einzurichten. Diese sollten zur Reduzierung von Geschlechtskrankheiten bei weißen Männern beitragen und deren Eheprobleme verringern. Rassistische Geschlechterstereotype kamen darin zum Ausdruck, dass schwarze Prostituierte sogar für die hohen Scheidungsraten bei den Weißen verantwortlich gemacht wurden, während weiße Freier, die gegen die Rassengesetze verstießen, mehrheitlich nicht mit Strafen rechnen mussten (Wojcicki 2003: 93ff).

Gleichzeitig sollten staatlich kontrollierte Bordelle in schwarzen Wohngebieten der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten Einhalt gebieten und durch die Verteilung von Verhütungsmitteln das Bevölkerungswachstum eindämmen. Insbesondere in den Minenstädten, wo Hunderttausende schwarzer Wanderarbeiter unter menschenunwürdigen Umständen in Männerwohnheimen untergebracht waren, während ihre Ehefrauen in weit entfernten und schlecht ausgestatteten *Homelands* leben mussten, war die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten wie Syphilis ein Problem. Dennoch duldeten etliche Minenbetreiber die Inanspruchnahme der Prostitution durch „ihre Arbeiter“, um Unruhen zu vermeiden. Ihre Doppelmoral zeigte sich auch darin, dass sie sexuelle Kontakte zwischen Wanderarbeitern erlaubten,

die zur Befriedigung und Befriedung der Männer beitragen sollten. Auch ließen die Minenbetreiber Bierhallen einrichten, um das Freizeitverhalten der Männer zu kontrollieren. Wanderarbeiter sollten von Besuchen in *Shebeens*, illegalen Hinterhofkneipen, abgehalten werden, wo Frauen selbstgebrautes Mais- und Hirsebieb anboten. Ihnen wurde nachgesagt, auch als Prostituierte zu arbeiten und die Männer von sich abhängig zu machen. Immer wieder gab es Polizeirazzien, die *Shebeens* zerstörten und die dort tätigen Frauen verhafteten. Sie hatten kein Aufenthaltsrecht in den Minenstädten und sollten in die *Homelands* vertrieben werden (Bonner 1990: 221ff).

Etablierte Strukturen

Nach der politischen Wende Anfang der 1990er Jahre und im Zuge umfassender Rechtsreformen, die von der ANC-Regierung ab 1994 eingeleitet wurden, änderten sich zwar die rechtlichen Rahmenbedingungen für nahezu alle Lebensbereiche – jedoch nicht für die Prostitution, die weiterhin illegal ist. Dennoch werden Bordelle von der Polizei weitgehend toleriert und nur selten finden Polizeikontrollen statt. Dabei geht es den Polizisten, die oft selbst zu den Freiern zählen, zumeist nur darum, dem dortigen Drogenschmuggel Einhalt zu gebieten. Deshalb schaffen Bordelle seit vielen Jahren Grauzonen für die erzwungene Prostitution von Frauen und Mädchen, die mit falschen Versprechungen von Schleppern angeworben und mit Drogen gefügig gemacht wurden (Leggett 2002: 122ff). Zahllose Prostituierte erhalten nur einen Bruchteil des Geldes, das die Freier an die Besitzer der Etablissements zahlen. Darüber hinaus werden in vieler Hinsicht grundlegende Menschenrechte missachtet (Le Roux 2003; Krüger 2004). Dies betrifft sowohl die Arbeitsrechte als auch den Schutz vor HIV, Geschlechtskrankheiten und Gewalt (Varga 2001; Beksinska & Rees 2005; Connolly u.a. 2002).

Neben kriminellen Banden agieren auch Verwandte als Schlepper – und zwar in Südafrika und in den Nachbarländern. Vor allem Menschenrechts-, Frauen- und Kinderrechtsorganisationen dokumentieren und erforschen die Hintergründe des Menschenhandels, von dem insbesondere junge Mädchen und Frauen betroffen sind. Die Kapstadter Kinderrechtsorganisation *Molo Songololo* führte diese Form des Machtmissbrauchs auf ein komplexes Faktorenbündel zurück: grassierende Armut, aufgebrochene Familienstrukturen, gravierende Geschlechterungleichheiten, besitzergreifende Maskulinitäts- und Sexualitätskonzepte, häusliche Gewalt sowie die steigende Zahl sozial marginalisierter und mit existentiellen Versorgungsproblemen konfrontierter AIDS-Waisen und Teenager-Haushalte (Molo Songololo 2000).

Diese Einschätzungen teilt die Kinderrechtsorganisation *Childline*; sie geht davon aus, dass jedes vierte Mädchen vor seinem 16. Lebensjahr vergewaltigt wird. Eine Personengruppe, die gewaltbereite und sexistische Maskulinitätsmuster in die Tat umsetzt, sind die Lehrer. Vielerorts brechen sie die Persönlichkeit und den Widerstand von Mädchen, indem sie ihre Machtstellung ausnutzen und mehrheitlich dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Der mangelnde Schutz durch das jeweilige soziale Umfeld und die anerzogene Autoritätshörigkeit tragen zur Ausweglosigkeit von Mädchen bei – es handelt sich um Strukturprobleme, die den Machenschaften der Schlepper Vorschub leisten. Hinzu kommt die Erwartung zahlloser Männer, dass junge Mädchen noch nicht HIV-positiv seien und man deshalb ungeschützten Sex mit ihnen haben könne.

Besonders problematisch ist die Situation derjenigen, die aus den Nachbarländern angeworben werden und sich als Zwangsprostituierte in Hinterhofbordellen oder in Wanderarbeiterwohnheimen verdingen müssen; sie sind in besonderem Maße von Gewalt und HIV-Infektionen bedroht (Campbell 2000: 479ff). Die Internationale Organisation für Migration (IOM) dokumentierte bereits 2003, dass jährlich mindestens eintausend Mädchen und junge Frauen aus Mosambik nach Südafrika verschleppt wurden. Darüber hinaus belegte die IOM, dass die Freier häufig Weiße sind, die sich Kinder aus Lesotho holen, um sie gemeinsam tagelang sadistisch zu quälen. Nach solchen rassistisch-sexistischen Exzessen werden die schwer traumatisierten Kinder irgendwo ausgesetzt, was verdeutlicht, dass es bei Zwangsprostitution keineswegs um die Befriedigung sexueller Lust gegen Bezahlung geht, sondern um Erniedrigung und Machtmissbrauch.

Auch Frauen, die aus anderen afrikanischen Ländern nach Südafrika geflohen sind und keine Aufenthalts- oder Arbeitsgenehmigung erhalten, sind mit diesen Gewaltproblemen konfrontiert, denn vielen bleibt mangels anderer Einkommensmöglichkeiten nur der Weg in die Prostitution. In diesem Kontext gab die IOM schon vor Jahren zu bedenken, dass auch nigerianische Syndikate, chinesische Triaden sowie die russische und bulgarische Mafia in den lukrativen Menschenhandel am Kap eingestiegen seien. Bei den letztgenannten handelt es sich in etlichen Fällen um entlassene Militärs, die nicht davor zurückschrecken, den Familienangehörigen ihrer „menschlichen Ware“ Gewalt anzutun, wenn sich die jungen Frauen wehren, die sie beispielsweise aus Russland und Osteuropa nach Südafrika bringen. Somit ist Südafrika gleichzeitig ein Zielland und eine Drehscheibe für den Weitertransport von Prostituierten (Martens u.a. 2003).

Seit 2004 befasst sich die südafrikanische Rechtsreformkommission mit dem Menschenhandel, sie sollte eine multi-sektorale Strategie und einen

nationalen Aktionsplan erarbeiten. Außerdem zählte die Koordination einer sektorübergreifenden Arbeitsgruppe zu ihren Aufgaben. Wiederholt kritisierten Rechtsexpertinnen deren jahrelange Untätigkeit und prangerten die Korruption von Grenzpolizisten an, die Menschenhandel duldeten oder sogar daran verdienten. Inwieweit eine 2008 neu eingerichtete Koordinationsstelle innerhalb der Strafjustiz wirklich Abhilfe schafft, bleibt strittig. Diese Kontexte bilden den Rahmen für die Kontroversen über die Legalisierung der Prostitution während der WM 2010.

Konträre Positionen

Den ersten Vorstoß zur Legalisierung der Prostitution machte der damalige Polizeichef Jackie Selebi bereits Ende März 2007, als er dem Parlament vorschlug, die Prostitution während der WM durch Sonderregelungen an bestimmten Orten zu erlauben. Hierdurch wollte er die Arbeitsbelastung der Polizei reduzieren und die öffentliche Sicherheit erhöhen. Zudem ging er davon aus, die Legalisierung trage zur angestrebten Kundenfreundlichkeit während der WM bei. Zwar wurde Selebi inzwischen wegen enger Beziehungen mit dem organisierten Verbrechen abgesetzt, dennoch griffen einzelne ANC-Parlamentarier seinen Vorschlag auf (Richter 2008: 232). So meinte auch George Lekgetho Ende Januar 2008, die Legalisierung der Prostitution reduziere die Kriminalitätsprobleme. Er argumentierte, die Vergewaltigungsrate würde verringert, wenn Männer legalen Zugang zu käuflichem Sex hätten. Darüber hinaus seien hohe Steuereinnahmen durch die Besteuerung von Prostituierten zu erzielen. Seine Äußerungen hatten massive Proteste von Frauenrechtlerinnen zur Folge, so dass er sich anschließend dafür entschuldigen musste.

Interessenvertreterinnen von Prostituierten kritisierten, die ANC-Politiker hätten nicht das geringste Interesse an der Verbesserung der Situation von Sexarbeiterinnen. Auch ließen diese Strategen den Schutz weiblicher Fußballfans vor sexualisierten Übergriffen vollkommen außer Acht. Sie warfen Selebi und Lekgetho vor, ihnen gehe es vorrangig um die unkomplizierte Verfügbarkeit von Sex für die Fußballfans, damit die WM auch in dieser Hinsicht ein voller Erfolg würde. Hierdurch essentialisierten sie die Interdependenzen zwischen Fußball, Maskulinität und Sexualität (Rubin 2009: 264).

Mitte Juli 2008 löste der Vorschlag städtischer Entscheidungsträger in Durban, legale Rotlichtbezirke während der WM einzurichten, einen Sturm der Empörung aus. Dabei machte Logie Naidoo, der verantwortliche Bevollmächtigte im Bürgermeisteramt, die Umsetzung seiner Pläne von der Zustimmung der Regierung abhängig. Umgehend warf die *Inkatha*

Youth League den städtischen Planern den Verrat an Familienwerten und der traditionellen *Ubuntu*-Gemeinschaftsorientierung vor. Prostitution sei „unafrikanisch“; der moralische Zusammenhalt der Nation und die Jugend würden bedroht.

Neben der *Inkatha Youth League* positionierten sich auch fundamentalistische Kirchenvertreter als Hüter der Moral. So startete die kirchennahe Organisation *Doctors for Life International* eine großangelegte Pressekampagne. Sie berief sich auf Verantwortliche des städtischen Sicherheitskomitees in Kapstadt und auf einzelne Bürgermeister europäischer Städte, die Rotlichtbezirke grundsätzlich ablehnten. Auch das christlich-konservative *Family Policy Institute* in Kapstadt sprach sich aus moralischen Gründen gegen eine Legalisierung der Prostitution aus. Die Grundlagen für den Widerstand aus kirchlichen Kreisen hatte bereits 2007 die zu Fundamentalismen tendierende *African Christian Democratic Party* geschaffen, die Jackie Selebis Vorschlag zur Legalisierung der Prostitution unter Bezug auf christliche Werte als Beitrag zum moralischen Verfall vehement ablehnte.

Ab Mitte 2008 schickten lokale Pfingstkirchen in Durban ihre weiblichen Mitglieder mehrmals zum Protest auf die Straßen. Im Juli 2009 überreichten mehrere hundert Frauen, die sich als „besorgte Christinnen“ verstanden, dem Premierminister der Provinz KwaZulu Natal, Zweli Mkize, ein Memorandum, in dem sie den Verkauf bzw. „die Opferung“ ihrer Töchter für Devisen als Schande anprangerten. Die Ankündigung von Brigitte Shabalala, Justizministerin in KwaZulu Natal, lokale Schnellgerichte für Straftaten während der WM einzurichten, besänftigte sie keineswegs. Im Gegenteil, es wurde argumentiert, solche Pläne setzten bereits voraus, dass die Kriminalität und die Prostitution weiter ansteigen werden.

Die christlichen FundamentalistInnen, die Prostitution ähnlich wie Schwangerschaftsabbrüche und Homosexualität als Sünden betrachten, verstärkten im Mai 2009 ihren Protest, als sich Nomvula Mokonyane, die Premierministerin der Provinz Gauteng, für die Legalisierung der Prostitution aussprach. Sie forderte einen progressiven Umgang mit der Sexarbeit, die Registrierung der Prostituierten sowie ihre Besteuerung, regelmäßige Gesundheitskontrollen und den Schutz vor Gewalt. Darauf reagierte auch Mokotedi Mpshe, der Leiter der *National Prosecution Authority*; er warnte vor dem moralischen Verfall Südafrikas, falls die Prostitution zu einer legalen Karriereperspektive für Frauen würde.

Schließlich bezogen Vertreter des Justizministeriums Stellung, wobei sich der Generaldirektor Menzi Simelane dafür aussprach, Prostituierte besser vor Gewalt zu schützen. Währenddessen gab der stellvertretende Justizminister Andries Nel zu bedenken, dass die Regierung noch auf die Ergebnisse der

südafrikanischen Rechtsreformkommission warte. Diese hatte zwar 2002 ein Themenpapier zur Prostitution vorgelegt und Rechtsorganisationen um Stellungnahmen gebeten, deren Vorschläge jedoch jahrelang nicht bearbeitet (Richter 2008: 324f). Eine Gesetzesreform scheiterte auch daran, dass innerhalb der ANC-Regierung und in der ANC-Partei gegensätzliche Positionen über eine Aufhebung des Prostitutionsverbots bestanden. Diese Differenzen und die Befürchtung, massive öffentliche Proteste auszulösen, hatten schon in den 1990er Jahren verhindert, das 1957 von der Apartheidregierung erlassene Prostitutionsverbot abzuschaffen (Luiz & Roets 2000: 21ff). Damals hatten sowohl die nationale *Gender*-Kommission als auch einige ranghohe ANC-Politiker im Innen- und Justizministerium unter Bezug auf die umfassende Abschaffung der Apartheidgesetze und auf internationale Menschenrechte eine Rechtsreform angestrebt. Manche argumentierten auch gesundheitspolitisch, konkret ging es ihnen um die Reduzierung von HIV-Infektionen. Sie wurden von konservativen ANC-Vertretern ausgebremst, die Prostitution als „unafrikanisch“ brandmarkten und aus moralischen Gründen eine gesellschaftliche Debatte vermeiden wollten (Wojcicki 2003: 87ff.; Milton 1994: 137ff).

Nach beharrlichem Drängen von Seiten einiger Frauenrechtsexpertinnen, unter anderem der Mitarbeiterinnen des *Centre for Applied Legal Studies* der Witwatersrand Universität in Johannesburg, die auf die Einhaltung internationaler Abkommen pochten, legte die *South African Law Reform Commission* (SALRC) schließlich im Mai 2009 ein längst überfälliges Diskussionspapier zum Prostitutionsverbot vor. Darin listete sie unterschiedliche Reformvorschläge auf und stellte Bezüge zu internationalen Abkommen, zur südafrikanischen Verfassung, den Gewaltschutzgesetzen des Landes und zu Diskussionspapieren über verschiedene Rechtsreformvorhaben her. Sie wies auch darauf hin, dass die gesellschaftlichen Kontroversen über dieses brisante Thema berücksichtigt werden müssten. Sachlich erläuterte die SALRC die ökonomischen und sozialen Probleme, die Frauen und Mädchen veranlassten, durch sexuelle Dienstleistungen ihre Existenz und die ihrer Familien zu sichern. Zudem prangerte diese Kommission die Gewalt gegen Prostituierte an und kritisierte die Doppelmoral, wonach nur die Prostituierten und nicht die Freier gesellschaftlich stigmatisiert werden. Dabei unterstrich die SALRC, dass die Freier die Bedingungen im gesamten Prostitutionsgewerbe diktieren und zur Ausbreitung der Kinder-Prostitution beitragen; zumal sie in immer größerer Zahl Sex mit ganz jungen Mädchen verlangen, was dem nationalen und internationalen Mädchenhandel Vorschub leistet (SALRC 2009: 33ff). Das Spektrum der Rechtsreformvorschläge, zu denen staatliche Stellen und nicht-staatliche Interessengruppen einen

Monat lang Stellung beziehen konnten, reichte von einer Fortsetzung des Prostitutionsverbots, über die Legalisierung bis zur teilweisen oder völligen Entkriminalisierung. Die Legalisierung hätte bedeutet, dass die zuständigen staatlichen und städtischen Behörden Rotlichtbezirke einrichten und die dort tätigen Prostituierten registrieren, wobei dieses Vorgehen mit entsprechenden Gesundheitskontrollen und Besteuerungen verbunden wäre. Damit wäre die Prostitution an bestimmten Orten legal und an anderen weiterhin strafbar. Daneben wurde das Konzept der Entkriminalisierung erläutert, das einige Frauenorganisationen und Interessenverbände von Sexarbeiterinnen fordern – allen voran die in öffentlichen Debatten besonders präsenste *Sex Worker Education and Advocacy Task Force* (SWEAT).

Diese in Kapstadt ansässige Organisation wurde 1994 von einer Sozialarbeiterin, die zuvor selbst als Prostituierte tätig war, und einer Psychologin gegründet. Sie setzt sich für die Interessen von Sexarbeiterinnen in Bordellen und die Verbesserung der rechtlichen, sozialen und medizinischen Situation von Prostituierten auf dem Straßenstrich ein (Petzer & Isaacs 1998: 162ff). Auf unterschiedlichen Ebenen zielt SWEAT darauf ab, die Stigmatisierung der Prostituierten zu überwinden. So hat sie eine Anlaufstelle für Sexarbeiterinnen eröffnet und ein Diskussionsforum mit der Polizei etabliert. SWEAT verlangt die vollständige Entkriminalisierung der Prostitution, vorrangig um Sexarbeiterinnen auf dem Straßenstrich besser vor Gewalt zu schützen (SWEAT 2009: 2ff). SWEAT-Mitarbeiterinnen betonen, dass keineswegs nur kriminelle Banden und Zuhälter, sondern auch Polizisten und Freier zu den Gewalttätern zählen (Fick 2006: 27ff). Zudem gibt SWEAT zu bedenken, dass diese Prostituierten gegenüber ihren Kunden keine oder nur sehr geringe Verhandlungsmacht haben, um die Benutzung von Kondomen zu fordern. Deshalb sind sie in besonderem Maße davon bedroht, sich mit HIV und Geschlechtskrankheiten zu infizieren.

Manche Positionen, die SWEAT vertritt, lösten Diskussionen zwischen unterschiedlichen Frauenorganisationen aus. So lehnen einige Frauenrechtsorganisationen – allen voran das *Masimanyane Women's Support Centre* in East London – eine Legalisierung der Prostitution ab, weil kriminelle Netzwerke dadurch nicht beeinträchtigt, sondern gefördert würden. Schließlich sei die Polizei schon heute hoffnungslos mit der Verbrechensbekämpfung überfordert.

Vor allem die von SWEAT vertretene Einschätzung, dass es 2008 vergleichsweise wenige ausländische Zwangsprostituierte in Südafrika gegeben habe, stieß auf viel Kritik. SWEAT-Vertreterinnen hatten argumentiert, dass der Bedarf an ausländischen Prostituierten gering sei, weil genug junge Südafrikanerinnen aus Existenznot oder mangels anderer Arbeitsmöglichkeiten

sexuelle Dienstleistungen anbieten würden. Dabei hätten sie vergleichsweise gute Verdienstmöglichkeiten (Gould & Fick 2008). Kritikerinnen warfen SWEAT vor, sie übertünchten die dem Prostitutionsgewerbe inhärenten Ausbeutungsstrukturen, zumal SWEAT die große Bedeutung mächtiger lokaler und international vernetzter krimineller Banden herunterspiele, die Mädchen beispielsweise in Kapstadt auf den Straßenstrich schicken. Allerdings weist SWEAT darauf hin, dass die Nachfrage nach sehr jungen und ausländischen Mädchen steigt. Die Freier würden „anspruchsvoller“ und hofften, dass diese Mädchen noch nicht mit HIV infiziert seien. Zudem erwartet SWEAT, dass die Entkriminalisierung der Prostitution zur Eindämmung der Zwangsprostitution beitragen werde. Verschleppte Frauen und Mädchen hätten dann eher die Möglichkeit, gegen ihre Peiniger strafrechtlich vorzugehen (SWEAT 2009: 12ff). In diesem Zusammenhang unterstreicht SWEAT, dass eine umfassende Gesetzgebung gegen Frauen- und Menschenhandel längst überfällig sei.

Auch andere südafrikanische Frauenorganisationen wie *Tswaranang* in Johannesburg fordern seit langem, dass Schlepper strafrechtlich verfolgt werden. Dabei beziehen sich die dort tätigen Rechtsexpertinnen auf Regierungsverpflichtungen durch internationale Konventionen und SADC-Vereinbarungen. Darauf baut auch das grenzübergreifend arbeitende Frauenrechtsnetzwerk *Women and Law in Southern Africa Research and Education Trust* (WLSA) seine Lobbyarbeit auf. Bereits Ende 2008 begann WLSA mit einer großen Öffentlichkeitskampagne zum Schutz vor Zwangsprostitution. Seitdem warnen die Aktivistinnen mit ideenreichen Medien- und Schulprogrammen Frauen und Mädchen im südlichen Afrika, um sie vor Schleppern zu schützen.

Fazit

Frauenrechtsorganisationen weisen beharrlich auf die grundlegenden Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse im Prostitutionsgewerbe hin. Sie nehmen die hitzigen politischen und moralischen Debatten über die Legalisierung der Prostitution anlässlich der Fußballweltmeisterschaft zum Anlass, um grundlegende Verbesserungen der rechtlichen Situation von Prostituierten beziehungsweise Sexarbeiterinnen einzufordern. Obwohl ein Meinungsstreit zwischen den Aktivistinnen und Rechtsexpertinnen entbrannt ist, ob die Legalisierung die komplexen Probleme reduziert oder zusätzlich verschärft, herrscht Einigkeit darüber, den Missbrauch der Frauen zu verurteilen. Zahllose Prostituierte haben keine andere Wahl, als sexuelle Dienstleistungen zur familiären Existenzsicherung anzubieten; sie sind mit Gewalt durch

Freier, der Rechtlosigkeit gegenüber Polizei und Justiz sowie umfassenden gesellschaftlichen Anfeindungen konfrontiert (Hunter 2002: 99; Marcus et al. 1995: 80ff). Das verdeutlicht, wie schwer es ist, das komplexe Erbe der Apartheid zu überwinden, zumal alte Strukturprobleme von neuen Interessenkonflikten überlagert werden. So firmieren doppelbödige Moralvorstellungen der Apartheid heute als Traditionen im Kontext eines auf Exklusion ausgerichteten konservativen Kulturnationalismus. Frauen- und Menschenrechte sowie der Schutz vor Gewalt werden dafür preisgegeben. Mit den daraus resultierenden Problemen sind insbesondere Frauen und Mädchen in Südafrika und seinen Nachbarländern konfrontiert, die von Schleppern und kriminellen Netzwerken zur Prostitution gezwungen werden. Fraglich ist, wie die Fußballfans sich während der WM 2010 verhalten werden. Ob hiesige Fan-Berater, die nicht als Spielverderber gelten wollen, umfassend über (Zwangs-)Prostitution und HIV-Infektionen informieren, wird sich zeigen.

Literatur

- Beksinska, Mags, & Helen Rees (2005): „Risk Factors for HIV Infection among Sex Workers in Johannesburg, South Africa“. In: *International Journal of STD and AIDS*, Bd. 16, Nr. 3, S. 256-261.
- Bonner, Philip (1990): „Desireable or Undesirable Sotho Women? Liquor, Prostitution and the Migration of Sotho Women to the Rand, 1920-1945“. In: Walker, Cheryll (Hg.): *Women and Gender in Southern Africa to 1945*. Oxford, S. 221-250.
- Campbell, Catherine (2000): „Selling Sex in the Time of AIDS: The Psychological Context of Condom Use by Sex Workers on a South African Gold Mine“. In: *Social Science and Medicine*, Bd. 50, S. 479-494.
- Connolly, Catherine; Gita Ramjee; Adriann Sturm & Salim Abdool Karim (2002): „Incidence of Sexually Transmitted Infections among HIV-Positive Sex Workers in KwaZulu-Natal, South Africa“. In: *Sexually Transmitted Diseases*, Bd. 29, Nr. 11, S. 721-724.
- Fick, Nicolé (2006): „Enforcing Fear, Police Abuse of Sex Workers when making Arrest“. In: *South African Crime Quarterly*, Nr. 16, S. 27-33.
- Gould, Chandré, & Nicolé Fick (2008): *Selling Sex in Cape Town, Sex Work and Human Trafficking in South Africa*. Pretoria.
- Hunter, Mark (2002): „The Materiality of Everyday Sex, Thinking beyond Prostitution“. In: *African Studies*, Bd. 61, Nr. 1, S. 99-120.
- Krüger, Rosaan (2004): „Sex Work from a Feminist Perspective, A Visit to the Jordan Case“. In: *South African Journal of Human Rights*, Bd. 20, S. 138-150.
- Leggett, Ted (2002): *Rainbow Vice, the Drugs and Sex Industry in the New South Africa*. Cape Town.
- Le Roux, Wessel (2003): „Sex Work, the Right to occupational Freedom and the Constitutional Politics of Recognition“. In: *South African Law Journal*, Bd. 120, Nr. 3, S. 452-465.
- Luiz, John, & Leon Roets (2000): „On Prostitution, STDs and the Law in South Africa, The State as Pimp“. In: *Journal of Contemporary African Studies*, Bd. 18, Nr. 1, S. 21-38.
- Marcus, Tessa; Karen Oellermann & Nonceba Levin (1995): „AIDS and the Highways, Sex Workers and Truck Drivers in KwaZulu-Natal“. In: *Indicator South Africa*, Bd. 13, Nr. 1, S. 80-85.

- Martens, Johannes; Maciej Pieczkowski & van Bernadette Vuuren-Smyth (2003): *Seduction, Sale and Slavery, Trafficking Women and Children for Sexual Exploitation*. International Organization for Migration (IOM), Pretoria.
- Milton, John (1994): „Prostitution, Current Debates“. In: Jagwanth, Sarah; Pamela-Jane Schwikkard & Brenda Grant (Hg.): *Women and the law*. Pretoria, S. 135-154.
- Molo Songololo (2000): *The Trafficking of Children for Purposes of Sexual Exploitation in South Africa*. Cape Town.
- Petzer, Shane, & Gordon Isaacs (1998): „SWEAT, The Development and Implementation of a Sex Workers Advocacy and Intervention Program in Post-Apartheid South Africa (with Special Reference to the Western City of Cape Town)“. In: Kempadoo, Kamala, & Jo Doezema (Hg.): *Global sex workers, Rights, resistance, and redefinition*. London, S. 192-197.
- Ramsay, Stephen (1992): „Eve Noire: ‘Folk Devil’ and ‘Guardian of Virtue’, A Study of the Emergence of African Prostitution in Durban at the Turn of the Century“. In: *Journal of Natal and Zulu History*, Bd. 14, S. 75-111.
- Richter, Marlise (2008): „Sex Work, Reform Initiatives and HIV/AIDS in Inner-City Johannesburg“. In: *African Journal of AIDS Research*, Bd. 7, Nr. 3, S. 323-333.
- Rubin, Margot (2009): „The Offside Rule, Women’s Bodies in Masculinised Spaces“. In: Pillay, Udesch; Richard Tomlinson & Orli Bass (Hg.): *Development and Dreams, The Urban Legacy of the 2010 Football World Cup*. Pretoria, S. 266-280.
- SALRC – South African Law Reform Commission (2009): *Sexual Offences and Adult Prostitution*. Project Nr. 107, Discussion Paper Nr. 1, Johannesburg.
- SWEAT – Sex Workers Education and Advocacy Task Force (2009): *Submission to the South African Law Reform Commission*. Project Nr. 107: Sexual Offences and Adult Prostitution, Discussion Paper Nr. 1, Cape Town.
- Trotter, Henry (2008): *Sugar Girls and Seamen. A Journey into the World of Dockside Prostitution in South Africa*, Auckland Park.
- Van Heyningen, Elizabeth (1984): „The Social Evil in the Cape Colony 1868-1902, Prostitution and Contagious Diseases Act“. In: *Journal of Southern African Studies*, Bd. 10, Nr. 2, S. 170-197.
- Varga, Christine (2001): „Coping with HIV/AIDS in Durban’s Commerical Sex Industry“. In: *AIDS Care*, Bd. 13, S. 351-365.
- Wojcicki, Janet (2003): „The Movement to Decriminalize Sex Work in Gauteng Province, South Africa, 1994-2002“. In: *African Studies Review*, Bd. 46, Nr. 3, S. 83-109.

Anschrift der Autorin:

Rita Schäfer

marx.schaefer@t-online.de